

Hören Sie doch erst einmal zu, bevor Sie sich beschweren! Wahrscheinlich sind Sie sachlichen Argumenten nicht aufgeschlossen.

(Gelächter bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS,
Beifall bei CDU/DA und DSU)

(Frau Birthler, Bündnis 90/Grüne:
Erst denken, dann reden!)

Dieser Vertrag ist ein wirtschaftlicher Vorgang, der, wenn er überhaupt noch einen Klärungsbedarf hat, außerhalb dieses Hohen Hauses zu klären wäre, z. B. auf dem gerichtlichen Weg, der Ihnen natürlich offensteht.

40 Jahre lang ist in diesem Haus der sogenannte demokratische Zentralismus gepflegt worden.

(Unmutsäußerungen und Gelächter bei SPD,
Bündnis 90/Grüne und PDS)

Und wir erleben im Moment von Teilen der SPD und Bündnis 90 eine Renaissance dieses demokratischen Zentralismus.

(Starkes Gelächter bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Und, was das Schlimme ist, es finden sich dafür eben auch Bundesgenossen, Genossen unter sich.

(Beifall bei CDU/DA und DSU,
starkes Gelächter bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Dabei scheint einigen der SPD zu entfallen, daß sie sich von den Interessen derer trennen, die sie angeblich hier vertreten wollen, und das sind nun einmal die Interessen der Arbeitnehmer in der Kohle- und Energiewirtschaft.

(Frau Birthler, Bündnis 90/Grüne:
Glauben Sie das selbst?)

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Energie und Wasserwirtschaft, die sich seit ihrer Trennung vom stalinistischen FDGB durch Sacharbeit mehr auszeichnet als durch - wie bei anderen Industriegewerkschaften - unsinnigen finanziellen Forderungen, steht voll hinter dem Vertrag, weil er Hunderttausende Arbeitsplätze, vor allen Dingen in der Lausitz sichert.

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Ich stelle dann natürlich hier die Frage, wessen Interessen Sie hier vertreten. Ein schlimmes Spiel betreibt die Opposition in der Desorientierung der Kommunen, weil eben die volle Übertragung des gesamten Eigentums der unteren Stromebene nicht die notwendigen Investitionen für eine stabile und umweltfreundliche Energieversorgung sichert.

Es wird immer wieder betont, daß die Kommunen der Bundesrepublik aus dem Stromverkauf ihre finanziellen Mittel beziehen. Das ist richtig, und das ist auch in diesem Stromvertrag so vorgesehen, nämlich durch die Übertragung des Aktienanteils an die Kommunen, durch Konzessionsverträge und nicht zuletzt durch die Möglichkeit, bis zu 30 % eigenerzeugte Energie in die Netze einzuspeisen. Diese 30% sind wesentlich über dem, was überhaupt bisher technisch durch die Kommunen machbar wäre. Und dies alles, ohne daß sich die Kommunen übermäßig verschulden und ohne - und das ist ein wichtiger Fakt für unsere wirtschaftliche Entwicklung - daß Strominseln entstehen mit unterschiedlichen Preisgefügen, die dann natürlich bei hohen Strompreisen auch die wirtschaftliche Entwicklung bestimmter Regionen wesentlich beeinträchtigen würden.

Selbst der saarländische Wirtschaftsminister Hoffmann warnte vor einer Kommunalisierungseuphorie. Er tat dies auf dem Energie-Hearing,

(unverständlicher Zuruf)

zu dem der Ausschußvorsitzende des Umweltausschusses Dr.

Dörfler, der eben erst gesprochen hat, rein zufällig vor allen Dingen saarländische Politiker eingeladen hat, die sich

(Vereinzelt Beifall)

ja angeblich so sehr um das Wohl vor allen Dingen der Bewohner der jetzigen DDR sorgen. Dieser Minister tut das sicherlich aus der Detailkenntnis der Sorgen der DDR-Bürger. Diese Detailkenntnis wird er an den Kamingsgesprächen mit dem in seinem Haus Verhafteten, in der DDR wegen Wirtschaftsverbrechen gesuchten Herrn Biermann erfahren haben.

(Beifall bei CDU/DA)

Im Interesse einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung empfiehlt die Fraktion der CDU/DA diese Empfehlung abzulehnen.

Meine Damen und Herren! Bedenken Sie bei Ihrer Stimmabgabe, daß das Schicksal von Hunderttausenden Arbeitnehmern buchstäblich in Ihrer Hand liegt. Danke.

(Beifall vorwiegend bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Als nächster hat das Wort für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Steinitz.

(Unverständlicher Zuruf)

Ja, der Abgeordnete Hegewald, aber es stand hier der Abgeordnete Steinitz. Bitte schön.

Prof. Dr. Hegewald für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Bildung der Länder muß den Kommunen ausreichend die Möglichkeit gegeben werden, selbst zu entscheiden, wie die Produktion, Verteilung und Konsumtion von Energie erfolgen soll. Der Vertrag zwischen Treuhandanstalt und den drei Energieversorgungsunternehmen beschneidet die Rechte der Kommunen wesentlich. Die Chance, eine sozial verträgliche, umweltfreundliche Energieversorgung auch dezentral durchsetzen zu können, wird mit diesem Vertrag stark eingeschränkt.

Ein großer Vertragsabschluß ist hier für 20 Jahre die einfachste Lösung, aber trotzdem falsch. Ein sogenannter Energiemix, auf den Herr Hoffmann aufmerksam machte, Wirtschaftsminister des Saarlandes, und ich glaube, er lieferte zu dem Energie-Hearing die ausgewogenste Darstellung zum Thema überhaupt, ein Energiemix ist notwendig, er kann nur durch gestufte dezentrale Systeme unter Einbeziehung der großen Produzenten erreicht werden.

Um dieses pluralistische Energiekonzept durchzusetzen, müssen die Kommunen selbstbestimmungsfähig sein. Nur so können kommunale Mittel erwirtschaftet werden, z. B. auch zur Lösung von Abwasserproblemen oder der Müllentsorgung.

Energetische Großunternehmen haben auch eine andere Philosophie als die Kommunen. Konzerne wollen viel Energie produzieren, um großen Gewinn zu machen. Aber Energiesparprogramme sind heutzutage gefragt. Großproduzenten haben auch kein Interesse an alternativen Energien; denn damit wird ihr Gewinn geschmälert.

Aus all diesen Gründen unterstützt die PDS den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der SPD, den genannten Vertrag vom 22. August auszusetzen.

Jetzt müssen die Weichen für die nächsten Jahrzehnte richtig gestellt werden, d. h. jetzt muß den Kommunen ihr Selbstbestimmungsrecht gewährleistet werden.

Es ist mir im übrigen eine Ehre, mit dem Veto gegen den